

Die Sparwut der Regierung trifft das Fricktal hart

Wer glaubt, dass sich unsere Regierung mit dem Kürzen des Beitrages an den Tarifverbund Nordwestschweiz (TNW), welche unsere Region stark trifft, begnügt, der irrt. In seiner Leistungsanalyse zur zweiten Beratung teilt der Regierungsrat dem Grossen Rat mit, was er in seiner eigenen Kompetenz liegend noch für weitere „Einsparungen“ geplant hat. Für mich als Fricktaler, liest sich das schon fast gespenstig und macht mir Angst. Hier nur einige Auszüge aus dem Sparkonzept des Regierungsrates, welche das Fricktal betreffen. Reduktion des Aargauer Beitrages an die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Grossraum Basel. Dabei handelt es sich um den Austritt aus der Versammlung der Regionen und Infobest Palmrain, sowie einer Kürzung bei Regio Basiliensis. Auch die Mittel für die Neue Regionalpolitik werden gekürzt. Die Auswirkungen werden sein, dass die Standortförderung in unserer Region weniger bearbeitet wird und die wirtschaftlichen Impulse und Innovationen gerade in strukturschwachen Räumen (Oberes Fricktal) zurückgehen. Auch soll eine Reduktion der Aufwendungen für das internationale Standortmarketing erfolgen. Was haben wir doch gekämpft, dass das Fricktal der wichtigen Standortmarketingorganisation Basel Area beiträgt. Und nun soll wieder darauf verzichtet werden, damit noch etwas Rest-Geld für den übrigen Teil des Kantons verbleibt. Auch die Mittel zur Umsetzung von Agglomerationspärken, (bei uns also der „Rheinpark“) soll um sagenhafte 30`000.- jährlich eingespart werden. Da Agglomerationspärke jedoch grenzüberschreitende Projekte sind, wird dadurch die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen fast verunmöglicht. Eine verzögerte Realisierung hat zudem negative Auswirkung auf das immer dichter genutzte Siedlungsgebiet. Geringere Möglichkeiten für Naherholung und Freizeitaktivitäten, längere Verkehrswege mit mehr Lärm- und Luftbelastung im Siedlungsgebiet und generelle Verkehrszunahme sind die Folgen. Auch ist eine Reduktion der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Interessenwahrnehmung vorgesehen. Er schlägt den Gemeinden und den Regionalplanungsverbände dazu vor, sie müssten künftig ihre Interessen halt ohne kantonale Unterstützung in grenzüberschreitenden Gremien und Zusammenarbeitsinstitutionen vertreten. *(In welchen Gremien denn, wenn der Regierungsrat doch alle kappen will?)* Dies wirkt sich aus, auf die Erarbeitung von Agglomerationsprogrammen *(Das Fricktal ist dabei dem Agglomerationsprogramm Basel zugeteilt!!)*, auf den Sachplan geologischer Tiefenlager und Infrastruktur Luftfahrt, da insbesondere der Flughafen Basel. Auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Raumplanung soll reduziert werden. Unser öffentliches Interesse für die Schonung der Umwelt wird also nicht mehr im bestehenden Mass eingebracht werden. Dass der Regierungsrat auch keine weiteren Park+Ride- Anlagen mehr planen und so keinen Wechsel vom Individual- auf den öffentlichen Verkehr fördern will und unsere Pendler damit fast auf die Kantonsstrassen zwingt, zeigt wenig Verständnis für die Bedürfnisse der Bevölkerung. Dass der Regierungsrat mit solchen und weiteren Absichten nur kurzfristige „Einsparungen“ vornimmt und die Folgekosten, speziell durch ein Abseits stehen des Fricktals in unserer Region Nordwestschweiz, künftig einiges an Mehrkosten generiert, scheint er einfach hinzunehmen. Es ist noch nicht lange her, da hat uns derselbe Regierungsrat empfohlen Steuerreduktionen an der Urne anzunehmen, da unsere Staatsfinanzen dies auch auf die Dauer vertragen würden. – Und nun? Was denken wohl unsere direkten Nachbarkantone und das nahe Ausland, wenn wir uns aus den grenzüberschreitenden Planungen und Abstimmungen verabschieden? Was hat unsere Wirtschaft, die sich der Nordwestschweiz hingewandt fühlt, wohl für einen Nutzen, wenn wir ihr die wirtschaftlichen Entwicklungspotenziale einschränken? Wie wollen wir unsere Positionen verstärkt einbringen, wenn sich der Kanton aus seiner direkten Verantwortung entzieht? Rechnet sich dies für die Entwicklung unseres Fricktals? Ich denke nicht. Es ist unverständlich, dass sich der Regierungsrat unserer Region nicht bewusster ist.

Roland Agustoni, GLP- Grossrat, Rheinfelden